

## Wiener Gemeinderat

Sitzung vom 16. Dezember 1926

Die Generaldebatte über den Hauptveranschlag

(Nachmittagsitzung)

Die Vorsitzende Gemeinderätin Beck eröffnet um 4 Uhr nachmittags die Sitzung. Stadträtin Dr. Motzko, die vormittags ihre Rede unterbrochen hat, führt aus:

Ihre Verwaltungspolitik zeigt deutlich und unwiderleglich, dass sie eher alles andere bedeutet, als eine Wirtschaftsförderung. Stadtrat Breitner hat behauptet, dass die Zeit der Arbeitslosen in Berlin und anderen Deutschen Städten anwächst, während in Wien eine Abnahme zu verzeichnen ist. Diese Biffern aber geben uns kein übersichtliches Bild über die Bewegung der Wirtschaft. Vor Jahresfrist war in Deutschland jeder dreissigste und in Österreich jeder siebenundzwanzigste Mensch arbeitslos. Gegenwärtig ist die Situation so, dass in Österreich jeder dreissigste und in Deutschland jeder vierundfünfzigste Mensch arbeitslos ist. Man sieht, dass es also so nicht mehr weiter gehen kann. Ihre einsichtslose Steuerpolitik drosselt enorm die Wirtschaft. Sie nehmen dem Inlandsmarkt die Kaufkraft und schaffen Heere von Arbeitslosen. Ihre Wohnhausbauten sind nur eine Wohnungsfürsorge in einem abschreckenden Sinn. Die Mieter sind Gegenstand einer Fürsorge, die sie in ihrer Selbständigkeit in der ärgsten Weise beschränkt. Sie haben kleine Paschaliks aufgerichtet. Dadurch, dass der Stiegenrat oder Mieterrat, wie sie heissen, jede Stunde die Wohnung eines Mieters betreten kann, sind die Mieter nicht mehr selbständig. Das deutsche Volk aber, zu dem auch wir gehören, will in seinen vier Wänden sein Leben leben. Ueber Ihre parteidiktatorische Kontrolle täuschen auch die Bilderbücher, die Sie von den neuen Wohnhausbauten ausgeben, nicht hinweg. Man darf die Naivität der Bevölkerung nicht unterschätzen.

Zur Kleinrentnerfrage bemerkt die Rednerin, dass die Sozialdemokratie immer wieder das Postulat vertrete, den Kleinrentner müsse geholfen werden. Für die städtischen Kleinrentner rühre sie aber nicht einen Finger, obgleich diese Menschen ihre Spargroschen in den städtischen Unternehmungen angelegt haben, die heute saniert sind blühen und gedeihen. Die Gemeinde wäre in der Lage sich ihrer Schuldgebundenheit zu entledigen. Trotz aller Ermahnungen hat sie für die Kleinrentner bis heute nichts getan. Sie möge doch einmal ihre Meinung sagen, ob sie den Mut hat, zu leugnen, dass sie im Stande wäre diese alte Schuldbutragen, wenn auch nur in geringerem Masse. Auf dem Gebiete des Fürsorgewesens rühmt sich die Gemeindeverwaltung ihrer grossartigen Erfolge, jedes kleine Planschbecken wird durch ein Bilderbüchel verewigt und als grosse Errungenschaft in die Welt hinausposaunt. Sieht man aber näher in die städtische Fürsorge hinein, dann kann man in diese Begeisterung nicht einstimmen. Die für Fürsorgewecke veranschlagten Ausgaben kommen durchaus nicht alle der Fürsorge zugute. Und beim Bürgerspitalfonds werden Gelder mit drei Prozent über der Bankrate verzinst. Entweder/die Gemeinde das volle Verfügungsrecht, entweder ist die Eigentümerin dieses Fonds, dann darf sie nicht die Gelder mit drei Prozent über der Bankrate verzinsen lassen. Oder sie ist nicht Eigentümerin des Bürgerspitalfonds und dessen reichen Hausbesitzer, der lahm liegt, dann hat sie kein Recht die alten Leute im Bürgerspital aus ihrem Heim hinauszutreiben. Dann ist sie vielmehr verpflichtet, die alten Bürger, die ein Anrecht auf das Bürgerversorgungshaus haben, in diesem Hause zu belassen und es seiner Bestimmung gemäss zu erhalten. Wenn man entsprechende Reparaturen durchführt, die Anlagen modernisiert, dann wird dieses Haus durchaus nicht unhygienisch sein. Dass den Pflinglingen zugedachte neue Heim in Baumgarten ist ungeeignet. Die Gemeindeverwaltung muss einmal in dieser Fra-

ge klar Stellung nehmen und offen sagen, wie das Verhältnis zwischen Gemeinde und Bürgerspitalfonds geschaffen ist. Rednerin bezeichnet die Fürsorgeabgabe als die unmoralischste aller Steuern. Es sei zu bedauern, dass der Gedanke die Arbeit zu besteuern Schule gemacht habe. Der Finanzreferent darf auf diese seine Erfindung nicht stolz sein und wenn einmal eine Finanzgeschichte geschrieben werden wird, wird der Breitarismus darin gewisse eines der traurigsten Kapitel bilden. Ihr ganzes bisheriges Verhalten auf dem Gebiet der geschlossenen Fürsorge gibt zur berechtigten Kritik Anlass. Sie nehmen den alten Leuten das Bewusstsein, dass sie ihren Lebensabend in Ruhe und Frieden verbringen können. Sie haben auch hier durch eine Broschüre, die glänzend ausgestattet ist, versucht der Öffentlichkeit zu zeigen, wie Sie sich bemühen, eine gewisse Ordnung in die Altersfürsorge zu bringen. Nach Lainz sollen nur die siechen alten Leute kommen. Sicherlich wird niemand bestreiten, dass man diesen Leuten eine ganz besondere Fürsorge angedeihen lassen muss. Aber in diesen abnormalen Zeiten kann die Ausgestaltung der geschlossenen Fürsorge nicht weit genug gehen. Was wir vor einigen Tagen noch in Lainz im Bezug auf die Seelsorge bemerkt haben, kann nicht scharf genug verurteilt werden. Sie haben dort die Kamelienaner fortgeschickt und dieses Vorgehen mit dem Inlandsarbeiterschutzgesetz begründet, weil dies ein ausländischer Orden ist. Sie haben gesagt, dass wir in Wien genug Seelsorger haben. Das ist aber nicht richtig. Man hat dann drei Herren die zwischen 60 und 70 Jahre alt sind, bestellt. Diese Herren sind bestrebt ihr Bestes zu tun. Aber in dieser Riesenanstalt gehört ein Mensch, der im Vollbesitz seiner Kräfte ist. Von den drei Herren haben bereits zwei sehr bald erkannt, dass es für die ganz unmöglich ist, diese Arbeit zu leisten. Sie haben die tüchtigen Seelsorger weggeschickt und es sind viele von den alten Leuten trotz ihrer flehentlichen Bitten ohne geistlichen Beistand gestorben (Hört! hört!) Diese Dinge sind ernst und wenn Sie auch noch so frivol sind, darüber dürfen Sie sich nicht hinwegsetzen (Beifall bei den Christlichsozialen). Ich wäre begierig zu erfahren, was Sie auf dem Gebiet der geschlossenen Fürsorge überhaupt geleistet haben. Die Anstalten sind in einer früheren Zeit entstanden und Sie haben ähnliches oder auch nur gleichwertiges nicht hinzugefügt trotz der Reichtümer die Sie in Ihren Kassen angehäuft haben.

Sie setzen auch in das heurige Budget eine Summe von 1.140.000 Schilling für bedürftige Arbeitslose ein. Das war schon im früheren Voranschlag. Sie wissen ganz genau, dass diese Unterstützung, die man in vielen Bezirken als Breitnerhilfe bezeichnet, ungenügend war und schon im Juli war in vielen Bezirken nichts mehr vorhanden. In dieser Weise sind Sie auch sparsam in der gesamten offenen Fürsorge. So ist es auch bei den Erhaltungsbeiträgen. Es ist nicht Ihr Verdienst, wenn heute 38.000 Empfänger von Pfründen gezählt werden. Das ist nur ein Zeichen der allgemeinen Not, an der Sie mitschuldig sind. Die Beträge, die Sie als Familienhilfe geben sind unzulänglich. Da hat die Magistratsabteilung 8 einen Erlass herausgegeben, der eine Schande für die Stadt Wien ist. Es werden die Pflegebeiträge gedrosselt und alle Akten einer Nachkontrolle unterzogen. Der höchste Beitrag für ein Pflegekind ist zwanzig Schilling und für mehrere Kinder darf nur bis zu vierzig Schilling gegangen werden.

G. R. Hedorfer (soz. dem.): Das ist falsch!

G. Rätin Motzko: Dann sind es fünfzig Schilling.

G. R. Hedorfer: Ich bringe Ihnen Fälle bis zu 92 Schilling. Das kommt doch auf die Verhältnisse an.

G. Rätin Motzko: Das werden aber nur einige weisse Raben sein. Lassen Sie sich eine Aufstellung machen, aus der ersichtlich ist, wie viel Prozent diese Fälle ausmachen und wieviele Beträge herabgesetzt oder ganz gestrichen worden sind. Da werden Sie sehen, dass die weitaus überwiegende Mehrzahl ganz niedrige Erhaltungsbeiträge beziehen.



Unerhört ist Ihr System der Nachkontrolle. Wir sehen ja ein, dass der Magistrat sich ein gewisses letztes Entscheidungsrecht wahrt. Früher aber bestätigte der Magistrat, was die Fürsorgeräte, die Fürsorgeinstitute und die Fürsorgektionen vorgesorgt haben. Sie aber kontrollieren alle Akte nach. Sie verschärfen die Situation noch dadurch, dass Sie z. B. im 14. Bezirk die Kundmachung hinausgeben, dass im November und Dezember keine Ansuchen entgegengenommen werden. Die Armen dürfen nicht einmal sagen, dass sie arm sind. Das ist eine furchtbare Kontrolle. Sie wirkt sich auch auf die Fürsorgeräte aus. Sie erklären der Gesamtheit aller Fürsorgeräte, wir glauben euch nicht. Das ist nicht nur eine Brutalisierung der Pflinglinge, sondern auch der Fürsorgeräte. Durch dieses Verhalten gegenüber den Fürsorgeräten schaffen Sie bei diesen eine furchtbare Arbeitsmüdigkeit. Massenhaft werden die Mandate niedergelegt. Sie wollen eben nicht Wurstein sein und auch nicht Menschen, denen man nicht glaubt. Wir können den Fürsorgeräten nicht genug Dank wissen, für ihre aufopferungsvolle Arbeit. (Stürmischer Beifall bei den Christlichsozialen). Sie bringen sie dazu, dass sie ihre Mandate niederlegen.

Ich will nun noch von einem ganz speziellen Fall reden. Durch die Hausgehilfenabgabe haben Sie es so weit gebracht, dass dieser Stand in eine furchtbare Krise und in eine ganz katastrophale Lage gebracht wurde. Wenn sie schon diese Berufskatastrophe verschuldet haben, so bekennen sie sich auch zur Pflicht, für die alten, hilflosen, arbeitslosen und obdachlosen Hausgehilfen eine Notstandsunterstützung zu gewähren.

Ich erinnere Sie dabei daran, dass es nicht nur den sozialdemokratischen Verband "Einigkeit" gibt, sondern auch die viel stärkere christliche Gewerkschaft. Versuchen Sie mit Hilfe dieser beiden Verbände, für die Opfer ihrer Steuerpolitik etwas zu tun.

Für die Charitas haben Sie nichts übrig. Wir allein - eine Kuriosität - sind jene Stadt, die sich Scheuler angelegt hat gegenüber der freiwilligen Fürsorge. Wie sehr sie sich dadurch schädigen, geht aus jedem Versichtsbericht der Fürsorgeeinrichtungen hervor. Sie sind auf Ihre städtischen Horte stolz, nachdem sie 72 charitative Horte umgebracht haben. Sie bekämpfen die Existenzen der Charitas und ich stelle hier wieder an Sie die Frage: Wie ist Ihr Verhalten zur freiwilligen Fürsorge? Sehen sie nicht ein, dass die Charitas schon aus einem Moralbegriff heraus ein Recht auf eine Unterstützung durch die Gemeinde hat. Es ist eine unumgängliche Tatsache, die ich hier bekannt gebe, dass einer Mutter, weil sie ihr Kind der Erziehung durch Schulbrüder übergeben hat, jede Unterstützung entzogen hat. Das ist eine furchtbare Konfiskation der Gesinnungsfreiheit. (Beifall bei den Christlichsozialen)

Im Budget finden wir eine Subvention von 50.000 Schilling für den allgemeinen Verband für freiwillige Fürsorge. Dieser Verband umfasst die sozialistische Fürsorge. Die katholische Charitas hat ihren eigenen Verband. Es ist Ihre Pflicht, diesen Verband genau so zu behandeln und wir verlangen, dass für den Charitaverband der gleiche Posten im Budget eingestellt werde. Für die Erziehung der Jugend und für Sport sind im Budget 66.000 Schilling ausgewiesen. Auch darüber muss man reden. Der Reichsbund der katholischen Jugend hat 80.000 Mitglieder. Dem haben Sie im Vorjahr mit 200 Schilling subventioniert. An Lustbarkeitsabgabe für verschiedene Veranstaltungen aber haben Sie von diesem Reichsbund 20.000 Schilling eingenommen. Wenn Sie daher hundertfach zurückbekommen, was Sie gegeben haben, da kann man doch wirklich nicht von einer Subventionierung sprechen. Man hat dem Reichsbund auch für die Herstellung seines Sportplatzes in Schönbrunn sehr schwere Verpflichtungen auferlegt, die viel Geld kosten. Aber sein Ansuchen um Beihilfe zu diesen Kosten liegt bis heute unerledigt im Rathhaus. Es wäre doch nur eine Pflicht der Anständigkeit, dem Verein entgegenzukommen. Für diese grosse Jugendorganisation hatte man bisher nichts übrig als die Gummiknüttel des republikanischen Schutzbundes. Der junge Rektorik wurde aus dem Betriebe hinausgehetzt und das Blut des jungen Gruber ist bis heute ungesühnt geflossen. Als wir über das Ver-

brechen von Hernalis im Gemeinderate sprachen, tat der Herr Landeshauptmann als ob er von den Beschlüssen gar nichts Rechtes wüsste und dann erklärte er, es stehe nicht in seiner Macht gegen den republikanischen Schutzbund vorzugehen. Mit dieser Geste ist der Landeshauptmann über die schwachen Vorfälle hinweggegangen. Aber das Blut des jungen Gruber ist nicht umsonst geflossen. Es wird daraus die rechte Ernte aufgehen. An solchen Erfahrungen nimmt auch die grösste Geduld ein Ende und das Zuschauen wird sich endlich in das Bewusstsein verkehren, dass wir die Kraft haben, dieses Joch abzuschütteln. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Die Ausschaltung der charitativen Fürsorge ist ein nicht gut zumachendes Verbrechen. Anstatt die privaten Anstalten heranzuziehen, baut die Gemeinde die städtische Anstaltsfürsorge aus, ihr Sinnen und Trachten ist auf die Vernichtung der freiwilligen Fürsorge gerichtet, weil die herrschende Partei Agitationsstätten der Sozialdemokratie braucht und zu diesem Zwecke sich der öffentlichen Fürsorge missbräuchlich bedient.

Auch im öffentlichen Schulwesen zeigen sich solche schwere Missstände. Die Feier des Staatsfeiertages wurde dazu benützt, angebliche Errungenschaften der Republik zu verkünden und es wurden Schöpfungen und Reformen aufgezählt, die schon längst bestehen, die aus der viel verklärten alten Zeit stammen. Ein trauriges Zeugnis, wie wenig sich die heutigen Machthaber sicher fühlen, wirklich etwas bedeutsames geschaffen zu haben. In dieses Kapitel gehört auch der von Stadtschulrat empfohlene Redner Jalkotzy, der jetzt in den Eltern reinen Vorträge hält, angeblich um die Eltern über das Verhältnis zu ihren Kindern aufzuklären. Dieser Mann verbreitet Anschauungen, die geradezu blödsinnig genannt werden müssen. Er hat sich sogar zu dem Satz verstiegen, dass Eltern ihren Kindern keine Zärtlichkeit zeigen dürfen, weil das erotische Gefühl hervorrufe. Das muss schon eine verrückte und perverse Gedankenrichtung sein, die in der Lieblosigkeit eines Kindes durch die Eltern Erotik erblickt. Herr Jalkotzy bemüht sich auch mit atheletischen Schlagworten für das Freidenkertum Propaganda zu machen. Wir verbitten uns ganz entschieden, dass ein verrückter Mensch unsere Eltern aus der Fassung bringt und wir verlangen, dass man diesen Dingen nachgeht und ihm tüchtig den Kopf zurecht setzt. Das muss abgestellt werden wenn Sie nicht wollen, dass an jeder Schule eine gewaltige Abwehr der Elternschaft einsetzt.

Ihr Ziel heisst: Das Hineintreiben der Menschen in den Sozialismus. Dieses Ziel heisst auch die Enteignung und Konfiskation alles dessen, was noch einigermaßen materielles und seelisches Besitztum der Menschen ist. Dieses Budget konfisziert das Recht auf wirtschaftliche Betriebsamkeit, das Recht auf Arbeit, das Recht auf Gesinnungsfreiheit und Überzeugungstreue, wie man selbst den Eltern ihre Kinder wegkonfiszieren will. Es ist das Budget des schleichenden Bolschewismus und deshalb werden wir dazu unsere Zustimmung nicht geben. (Grosser Beifall bei der Minorität, die Rednerin wird von ihren Parteigenossen vielfach beglückwünscht.)

GR. Angermayer (chr. soz.) beschäftigt sich eingangs seiner Rede eingehend mit den Beschlüssen des sozialdemokratischen Parteitages in Linz, er nimmt dazu Stellung, und kritisiert vielfach die einzelnen Punkte des neuen sozialdemokratischen Parteiprogrammes.



16/112

N



Redner beschäftigt sich sodann mit dem Mietengesetz. Im Finanzausschuss wurde von einem Vertreter der Majorität gesagt, es werde der Gemeinde ein ungerechter Vorwurf gemacht, wenn man sie beschuldigt, dass sie Häuser und Gründe aufkauft. Das Anbot sei weit grösser. Die Gemeinde kaufe nur gegen zehn Prozent von dem, was angeboten wird. Die Folge des Mietengesetzes von dem wir behaupten, dass wir den Mieterschutz nicht lockern, sondern nur das Ausmass des Zinses nur zeitentsprechend abändern wollen, ist also schon eingetreten. Nur aus Verzweiflung weil die alten Besitzer ihren Hunger nicht mehr stillen können, bieten Sie die Häuser an. Die eigentliche Triebfeder Ihrer Häuser und Grundkäufe ist dem Privatbesitz abzuschaffen um ihn in den Gemeindebesitz zu überführen. Sie haben selbst eingesehen, dass durch Ihre öffentliche Wohnbautätigkeit die Obdachlosigkeit nicht behoben wird. Trotzdem Sie sehen, dass andere grosse Städte von diesem System abgegangen sind und sich überall ein Zug der privaten Bautätigkeit bemerkbar macht, trotzdem gehen dieses verderbliche System nicht preis.

Wenn wir uns vor Augen halten, was der rote Hausherr treibt, da muss ich schon sagen, dass es ziemlich gleichgültig ist, ob die Mieter zum Hausherrn oder zu Ihren Hausvertrauensmännern Küss die Hand sagen. Bücken müssen sich heute die Mieter mehr vor dem roten als früher vor dem privaten Zinsgeier. In den Wohnhausbauten ist der Mieterschutz nicht eingeführt. Sie haben die Mieter der Fuchtel der Hausvertrauensmänner ausgeliefert. Auch haben Sie sich die Verwaltung der Häuser sehreinfach gemacht. Ebenso die Zinsbildung. Sie haben einen Pauschalzins eingeführt. Auch einen Fondsbeitrag zur Erhaltung des Hauses. Sie schlagen sich dadurch eine Art Hausherrnrente heraus.

Für Ihre Idee der sozialistischen Wohnungspolitik haben Sie in den letzten vier Jahren der Wirtschaft und der Bevölkerung rund 400 Millionen Schilling herausgepresst. Ich frage Sie, ist es nicht ein Verbrechen, das Sie da an der Wirtschaft verüben, um sich zu bereichern, während die Wirtschaft verarmt? Wo nehmen Sie den Mut her, jemals solches Verantworten zu können.

Redner kommt dann auf die Ueberführung der Privatwirtschaft in die öffentliche Wirtschaft zu sprechen. Sie haben sich eine Steuerpolitik zurechtgelegt, die dazu führen soll. Durch die Besteuerung des Reingewinnes soll der Reingewinn an die Gemeinde überführt werden. Sie vereckeln selbstverständlich damit jedem, eine Privatwirtschaft zu führen. Ein weiteres System ist dass Sie Konkurrenzunternehmen geschaffen haben. Zum Beispiel den Konsumverein, dem Sie die Fürsorgeabgabe nachgelassen haben. Dass soll nicht böses Blut zeugen?

Die Leute sind schon darauf gekommen, dass Ihre 26 Söhne in der Hauptsache nur die breiten Massen belasten und dass der Luxus und der Reichtum verflucht wenig besteuert wird. Mit der Besteuerung des Luxus und des Reichtums da sind wir schon darauf gekommen, treffen Sie nur die Angestellten. Erst als Ihre eigenen Organisationen Ihnen das gesagt haben und mit der Faust auf den Tisch geschlagen haben, haben Sie diesen Irrtum eingesehen.

Die Steuerpolitik der Gemeinde bringe nicht nur die Privatwirtschaft um, sondern sie schädige auch den Gewerbestand hauptsächlich durch Gründung gemeinwirtschaftlicher Betriebe, die sich allerdings wie der Fall Arsenal, Wiex und andere beweisen, nicht als lebensfähig zeigt. Gegen diese Steuerpolitik muss man mit allen Mitteln ankämpfen. In diese Politik passe es auch hinein, wenn die Sozialdemokratie mit der nationalen und religiösen Tradition vollständig bricht und in ihren Pflanzstätten den Verein der Kinderfreunde, sowie in der religionslosen Schule eine Generation heranziehen will, die den sozialistischen Zielen gefügiger ist. Redner bespricht dann die sozialistische Erziehung der Kinder und führt einige Beispiele aus Russland an. Er kritisiert auch verschiedene Vorfälle bei Feiern bei den Kinderfreunden. Als um neun Uhr abends der Vorsitzende schliesst erklärt Gemeinderat Angermayer morgen seine Rede fortzusetzen.

Schluss der Sitzung neun Uhr abends, Fortsetzung morgen Freitag 10 Uhr vormittags.